

Lager in Graubünden: Verwirrende und sprunghafte Covid-Präventionspolitik

Akteure aus zahlreichen Kinder- und Jugendverbänden sind seit Mitte März in ihrer Planung der Sommerlager stark gefordert. Ungezählte Fragen wurden offiziell beim Kanton, bei Dach- und Jugendverbänden und in den Leitungsteams diskutiert. Unklare und sich teilweise gar widersprechende Antworten brachten wenig Klärung. Am 28. April wurden die Vorgaben für Lagerhäuser und Lagerorganisatoren durch das Gesundheitsamt in einer Amtsverfügung geregelt und im Amtsblatt publiziert. Die kantonalen Regelungen waren bzgl. Testvorgaben anforderungsreicher und bzgl. Teilnehmerzahlen restriktiver als die Vorgaben des Bundes.

Die fast wöchentlichen Anpassungen und die kommunizierten, nicht eingehaltenen Infofristen verunmöglichten eine konkrete Abwägung einer Durchführbarkeit und verursachten Ärger und Resignation. Ende Mai wurde die restriktive Haltung gelockert, für die Durchführung zahlreicher Lager jedoch zu spät. Tatsächlich wurden diverse Lagerangebote abgesagt oder in andere Kantone umgebucht.

Der Kanton Graubünden hat dadurch als Ferienkanton an Attraktivität eingebüßt.

Fragen:

1. Ist der Bündner Regierung bewusst und bekannt, wie viele Lagerveranstaltungen abgesagt, in andere Kantone verlegt wurden oder nicht im Gastgeberkanton Graubünden stattfinden werden?
2. Womit begründet der Kanton seinen restriktiven Umgang mit Lagern, insbesondere mit Blick auf seine aktive Teststrategie, die auf möglichst viel Öffnung bedacht war bzw. ist?
3. Warum wurden die betroffenen Jugendverbände, Lagerorganisationen und Lagerhausbetreibende nicht gezielter informiert?

Christof Kuoni, Grossrat